



Nr. 570. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 5. December 1873.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

13. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 4. December).

1 Uhr. Am Minnertisch Dr. Achenbach mit zahlreichen Commissarien.

Folgendes Schreiben des Präsidiums an die Abgeordneten Krüger und Ahlmann wird verlesen: Es Wohlgeborenen benachrichtige ich mit Bezug auf Ihr an das Haus der Abgeordneten gerichtetes Schreiben vom 23. d. M. ergebe, daß in der Plenarsitzung des Hauses Donnerstag den 4. d. M., Mittags 1 Uhr die Vereidigung derjenigen Mitglieder auf die Verfassung stattfinden wird, welche den Eid noch nicht geleistet haben. Um erfüllen ich ergebe, zu diesem Zwecke auch ihrerseits in der gedachten Sitzung zu erscheinen, oder aber mir mitzutheilen, daß Sie die Eidesleistung nicht abgeben. Sollte mir eine Mitteilung nicht zugehen und sollten Sie in der morgigen Sitzung sich auch nicht einfinden, so würde ich annehmen, daß Sie nicht gezeigt sind, den Eid zu leisten.

Hierauf ist von den Abg. Krüger und Ahlmann folgende Antwort eingegangen: Wir unterzeichneten Vertreter nordschleswigscher Distrikte befreien uns auf das Schreiben des Präsidenten zu erwiedern, daß wir durch den Inhalt des Art. 5 des Prager Friedensvertrages vom 23. August 1866 verhindert sind, einen unbedingten Eid auf die preußische Verfassung abzulegen, daß wir diesen Eid nur leisten können unter Vorbehalt der Ausführung der völkerrechtlichen Bestimmungen, die durch den Artikel V des Prager Friedens garantirt ist, daß wir also an dem Inhalt unseres Schreibens vom 23. November festhalten und bedauern müssen, daß durch die an uns gestellte Aufrichtung zur Eidesleistung dem Berichte der Petitions-Commission über das gedachte Schreiben vorgegriffen zu sein scheint.

Beide Schreiben werden zur Berichterstattung der Geschäfts-Ordnungs-Commission überwieben, worauf die Breitstellung einer großen Anzahl neu eingetretener Mitglieder, während die Versammlung und die auf den Trieben befindlichen Zuhörer, einer Aufrichtung des Präsidenten folgend, sich von ihren Sitzen erheben und die Thüren des Saales geschlossen werden, in der vorgeschriebenen Form stattfindet.

Ohne Diskussion wird zunächst der Gesetz-Entwurf wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Grundsteuergesetzes mit den für Schleswig-Holstein beschlossenen Modificationen in dritter Beratung endgültig genehmigt und darauf die Specialberatung des Staatshaushalt-Gesetz, und zwar des Staats der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen fortgesetzt. (Wir haben nur diejenigen Positionen hervor, die zu einer Diskussion Anlaß geben.)

Bei Tit. 7 der Einnahmen (Beiträge zur Unterhaltung der Land- und Wasserstrassen, Kanäle u. s. w. im Betrage von 67,823 Thlr.) spricht Abg. Jacobi Namens der Commissarien der betreffende Gruppe seine Befriedigung darüber aus, daß die Beschlüsse des Hauses in der vorigen Session nach Möglichkeit berücksichtigt sind, daß eine Aufbesserung der Lage der Baubeamten erfolgt ist, daß die Leitung des Strombauwesens der Oder, eben so wie es beim Rhein und bei der Elbe der Fall ist, in einer Hand vereinigt ist. Vor allem aber ist dem Bedürfnis einer neuen Wegeordnung zu genügen, die nach Ausführung der Kreisordnung nicht länger verzögert werden sollte.

Abg. Witt (Posen) hält eine neue Wegeordnung für die östlichen Provinzen für ein dringendes Bedürfnis, namentlich für die Provinz Posen, die in dieser Beziehung einen Zustand aufweise, wie man ihn in einem andern Staate nicht für möglich halten würde. Die bürgerlichen Besitzer müssen die Landstrassen allein unterhalten, das sind nach dem Allgemeinen Landrecht solche Wege, die von einer Stadt zur andern führen. Da es nun in Posen mehr als irgendwo anders kleine Städte gibt und fast alle Straßen von einer Stadt zur andern führen, so haben die Bauern allein die Landstrassen zu unterhalten, während die Dominien nichts dazu beisteuern, trotzdem sie die Landstrassen am meisten benutzen. Dieser Zustand ist nicht zu ertragen und es sind auch schon zahlreiche Petitionen dagegen eingegangen. Bei Erlass einer Wegeordnung, die dringend nothwendig ist, wäre darauf Rücksicht zu nehmen und Abhilfe zu schaffen.

Handelsminister Dr. Achenbach. Der Commissionsbericht vom 11. Mai 1865 über den Erlass einer neuen Wegeordnung schloß mit dem Antrag, den Gesetz-Entwurf vorläufig abzulehnen, bis eine Regelung der Kreis- und Gemeindeverhältnisse erfolgt sei. Vor Kurzem hat nun eine Regelung der Kreisverhältnisse in einem größeren Theile der Monarchie stattgefunden, andererseits aber ist die Regelung der Gemeindeverhältnisse noch heute nicht erledigt. Indessen hat die Staatsregierung, ohne diesen Zeitpunkt abzuwarten, die Reform der Wegegefegebung wieder in die Hand genommen, und ich werde mich nach Kräften bemühen, die neue Wegeordnung bis zur nächsten Session fertig zu stellen. Die Neu-Ausstellung ist mit manchen Schwierigkeiten verbunden, denn die Kreis- und Provinzialvertretungen müssen einen wesentlichen Einfluß dazu ausüben, um eine gewisse Klärung der Situation herzubringen. Es kommt dabei ferner in Frage, ob die Wegeordnung sich auf die alten Provinzen oder auf die ganze Monarchie erstreden soll. Über diesen Punkt sind Berichte von den einzelnen Provinzialregierungen eingefordert worden, aus denen hervorgeht, daß sich die in den neuen Provinzen bestehende Wegeordnung einer hohen Gunst erfreut. Die Verhältnisse in der Provinz Posen sind der Regierung nicht entgangen und ich spreche es offen aus, ich dachte daran, ob ich nicht für Posen ein Specialgefege vorzulegen hätte, denn auch mir liegt daran, den Bauernstand von den Lasten zu befreien, die bisher auf ihm geruht haben. Über einer solchen speziellen Regulirung näher zu treten hat seine Bedenken. Jedenfalls werden wir uns in der nächsten Session mit dieser Frage zu beschäftigen haben.

Abg. Maggendorf schließt sich der Ausführung des Abg. Witt an und bemerkt, daß auch jetzt wieder in der Provinz Posen eine Petition circuliert, die eine neue Wegegefegebung erbittet. Wenn vom Handelsminister angeführt ist, man wolle erst die Kreisordnung einführen und dann eine neue Wegeordnung erlassen, so muß Redner daran erinnern, daß im Großherzogthum Posen die Kreisordnung überhaupt nicht eingeführt ist, daß aber trotzdem zu einer Regulirung der Wegegefegebung gerichten werden muß.

Abg. Miquel ist erfreut über die Erklärung des Handelsministers, glaubt aber, die Wegeordnung müsse in Verbindung mit der Provinzialordnung verhandelt werden, da in der letzteren die allgemeinen Grundsätze in Bezug auf Bau und Unterhaltung der Straßen niedergelegt sein müßten. Denn der Wegebau ist eine Aufgabe der Provinzen so gut wie der einzelnen Kreise. Am besten wäre es gewesen, wenn beide Gesetze gleichzeitig hätten vorgelegt werden können; jedenfalls wäre es aber zu wünschen, wenn uns zugleich mit der Provinzialordnung die Grundzüge der Wegeordnung vorgelegt würden.

Abg. Dr. Friedenthal hat die schwere Last, welche der Bauernstand im Posenschen durch die gegenwärtige Wegegefegebung zu tragen hat und die Klagen darüber bei seiner Anwesenheit im Großherzogthum kennen gelernt. Einstweilen acceptierte er die Erklärung des Handelsministers in Bezug auf eine neue Wegeordnung, ist aber mit dem Abgeordneten Miquel der Ansicht, daß die Provinzialordnung bereits auf die Bezug nehmen müsse und nicht ohne Rücksicht auf sie entworfen werden dürfe.

Damit wird dieser Gegenstand vorläufig als erledigt betrachtet.

Im Interesse einer präzisen und gleichmäßigen Staatsaufstellung wird auf den Antrag des Abgeordneten Richter (Hagen) empfohlen, in den Ausgaben die Motive für Zuschüsse zu Wohnungsschädigungen für Aufseher an Staatsaufstellen in der jeweiligen Weise, wie solche Zuschüsse im Etat des Ministeriums des Innern behandelt sind, in den Etat aufzunehmen, so daß dieselben in das Etatgesetz mit aufgenommen werden. Ebenso er scheint es wünschenswert, die Position 11 des Tit. 69 (zu Bureauosten, Däten u. s. w. zu den Kosten der Musterbleiche in Solingen 28,076 Thlr.), die so ungleichartige Zwecke zusammenfaßt in ihre Theile zu zerlegen, zumal die Musterbleiche zum ersten Male im Etat erscheint. Für beide Zwecke werden die bezüglichen Positionen an die Budgetcommission verwiesen. Im Uebrigen wird dieser ganze Etat unverändert genehmigt und der nächstfolgende, der Etat der Domänen-Verwaltung, zur Specialberatung gestellt.

Die Einnahme aus den grundherrlichen Hebungen und Hebungen von veräußerten Domänen-Objekten u. s. w. (Tit. 1, Pos. 1) ist für das Jahr 1874 auf 1,313,718 Thlr., also um 196,153 Thlr. weniger als im laufenden Jahre veranschlagt. Die Ursache dieser Veränderung liegt, wie die Motive ausführen, darin, daß die Herrschaft Schwedt in Folge gerichtlicher Entscheidung an das Krongdecommis übergegangen ist. Die Consequenz dieser

Entscheidung, bemerkt Abgeordneter Richter (Hagen), müssen wir natürlich tragen; aber bei dem großen Werth des Objectes, um das es sich hier handelt, und das etwa eine Million Thaler beträgt, wäre es doch wünschenswert über den Gang des Proceses irgend eine Auskündigung zu erhalten, die zu verlangen auch die Commissarien des Hauses verfümt haben. Wenn die Staatsregierung eine solche Auskündigung nicht unmittelbar giebt, (und im Moment wird sie nicht gegeben), dann sollte der Präsident des Hauses sie zu extrahieren suchen und dem Hause mittheilen.

Zu Tit. 3 und 4 der Einnahmen (Ertrag von Domänen-Borwerken 3,708,561 Thlr. und von anderen Domänen-Grundstücken, Mühlen und Fischereien 1,580,546 Thlr.) liegt folgender Antrag der Commissarien der betreffenden Gruppe, Miguel und Genossen vor:

Das Haus wolle beschließen: Unter Bezug auf die Mittheilungen des Finanzministers in der Sitzung vom 24. November 1873, nach welcher in Neuvorpommern die Bildung kleinerer bürgerlichen Besitzungen aus den Domänengrundstücken bereit in Erwägung gezogen ist, und auf die weiteren Mittheilungen der Staatsregierung über die in einzelnen Fällen zur Herstellung besserer Häuslingswohnungen auf den Domänenvorwerken ergriffenen Maßregeln die Staatsregierung zu eruchen: auf dem beschrittenen Wege weiter zu gehen und bei der Verwaltung der Domänengrundstücke auch die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen grundsätzlich zu berücksichtigen, und dabei schon jetzt der Staatsregierung zu empfehlen, thunlichst auf die Bildung kleinerer und größerer bürgerlicher Stellen (Abgeordneter Neumann beantragt an dieser Stelle einzuschalten: nebst einer den Verhältnissen entsprechenden Anzahl Eigentümnerstellen) aus den Domänenländereien, wo die wirtschaftlichen und localen Verhältnisse dies ratsam erscheinen lassen, Beacht zu nehmen, insbesondere in den geeigneten Fällen statt zu einer Verpachtung des Domänenengutes im Ganzen zu schreiten, daß selbe über Theile deselben den vorhandenen Stellen oder sonstigen Einwohnern angrenzender Ortschaften in einzelnen Parzellen, jedoch unter Beobachtung der sonst bei Dispositionen über Grundbesitz geltenden Grundzüge, eigentlich bezw. pachtweise zu überlassen, dagegen von der Zerschaltung größerer Komplexe behufs Anlage von neuen Colonien kleinerer Eigentümern und Arbeiter in der Regel abzuheben, endlich die Herstellung besserer Wohnungen für die Häuslinge auf den Domänenvorwerken, sei es durch eigenen Bau neuer Wohnhäuser oder durch Unterstützung baufähiger Arbeiter kräftig zu befördern.

Zerner haben die Commissarien zu Tit. 15 der Ausgaben (Zinsen von Pauschal-Capitalien) beantragt: die Staatsregierung zu eruchen, die Drainirung verpachteter Domänengrundstücke thunlichst zu fördern und insbesondere eine Erhöhung der Amortisationsraten für die den Pächtern Behuhs der Drainirung ertheilten Vorrichse in Erwägung zu ziehen.

Abg. Hundt v. Hafften: M. h. Ich glaube nie hat ein hochwichtiger Gegenstand in so unheimbarer Form eines Antrages den Gang zum Hause gefunden, wie der Antrag des Abg. Miguel und Genossen. Leider bin ich erst heute Morgen in Beisitz dieses Antrages gekommen, in der conservativen Partei selbst hat darüber eine Einigung nicht stattfinden können, ich befürchte also von vornherein, daß ich nur in eigenem Namen sprechen kann. Zweimal hat der Herr Finanzminister uns eine hohe Freude bereitet, beide Male aber nur mehr durch Verberthungen. Das Mal durch Verberthung der Kanalbauten, die bereits seit 100 Jahren in Aussicht genommen sind, das andere Mal durch Verberthung der Parzellierung der Königlichen Domänen. Meine Herren: Ich glaube, daß es eine besondere volkswirtschaftliche Aufgabe ist, wie in den Städten zwischen Arm und Reich, so auf dem Lande zwischen Latinabund und ländlichem Proletariat einen Übergang zu schaffen. Ich glaube nicht, daß es eine richtige Finanzpolitik ist, wenn man Domänen und Forsten lediglich nur als Finanzquellen betrachtet, und wenn man Domänen, die Jahrhunderte lang im Besitz einer Familie gewesen sind, im Licitationsverfahren, dem, der 5 oder 10 Thaler mehr bietet, zurücklässt. M. h! Ich bin der Überzeugung, daß, wenn es irgend eine Frage giebt, die im Zusammenhange mit dem Besitzthum steht, daß dies die Auswanderungsfrage ist. Gehet Sie nicht leicht über die unheimbare Sache hinweg; die Bevölkerungszahl der östlichen Provinzen verdient eine ganz besondere Aufmerksamkeit. Wir haben in einem Jahre mehr Arbeitskräfte verloren, als zwei oder drei wieder ersehen können. Es ist eine wichtige Ercheinung, daß der Bauernstand in den östlichen Provinzen in demselben Maße abnimmt, wie er in den westlichen zunimmt, daß gerade da, wo Land im Überfluss vorhanden ist und Menschen selten sind, die Leute auswandern, und umgekehrt, daß da, wo die Bevölkerung im Verhältnisse zu Grund und Boden ohnehin stark ist, noch Einwanderung stattfindet. Sind dies keine Gründe, der Frage näher zu treten? Ich will mich auf die principiellen Erwägungen, zu welchen der Antrag Anlaß giebt, nicht einlassen, sondern will Ihnen nur in großen Umrissen meine Ansicht mittheilen. Ich empfehle Ihnen aber, auf der Rechten, wie auf der Linken, den Antrag recht einstimmig zu unterstützen.

Abg. Dr. Löwe: Vor Allem ist bei Beurtheilung der Frage, ob größerer, mittlerer oder kleinerer Grundbesitz geschaffen werden soll, das statistische Material der gegenwärtig bestehenden Verhältnisse in der Weise zu verwerthen, daß man zwischen schlechtem und gutem Boden, dichterer und dünnere Bevölkerung, größerer oder geringerer Bildung der Bewohner unterscheidet. Den kleineren Besitzern ist nur durch Bildung einer dichten Bevölkerung zu helfen, die nur dann entsteht, wenn allmälig mit den Wirtschaften ein Kleinbäckerstand und kleinere Industrien sich entwickeln. Was die Auswanderung betrifft, so ist sie dort, wo ein Platz gegriffen, als eine contagiose Krankheit zu betrachten, die ihren Höhepunkt erreicht und dann von selbst erlischt. Sie ergreift jeden, der irgend wie Anlage dazu hat. Heute können wir mit keinen Mitteln dagegen helfen. Es kommt ein Brief aus Newyork oder Chicago und malt den Leuten den dortigen Himmel so schön und rosig und zeigt, wie dort das Gold in vollen Strömen fließt. Der Grund zu solcher Anlockung ist entweder, weil der Ausgewanderte das Vergnügen haben will, seine Freunde und Landsleute bei sich zu sehen, oder aber aus niedrigem Eigennutz, um den Heraufkommen den paar Groschen, die sie bringen, abzunehmen. Kein Brief, der von dort aus diesen Kreisen hierkommt, spricht Wahrheit, alle liegen sie. (Sehr wahr! rechts.) Es wird also irgend eine Maßregel gegen Auswanderung nicht viel helfen: die Angefeierten sind incurabel. Uns beschäftigt vorzugsweise die Noth in den östlichen Provinzen. Wir haben umso mehr die Pflicht, hier thätig einzutreten, als diese Provinzen in Folge der Grenzperre und der früheren Zollvereinsspolitik zu einer erquicklichen Capitalentwicklung nicht gelangen konnten. Ich wünsche, daß Niemand ein Geschäft gemacht werde, daß aber die Zahlungsbedingungen für den Landbesitz so günstig als nur irgend möglich gestellt werden. Dies letztere wird aber zweckmäßig nur geschehen können durch die bessere Entwicklung des Bankwesens. In diesem Sinne kann auch ich den Antrag Miquel nur dringend empfehlen.

Finanzminister Campphausen: Ich verstehe den Antrag Miquel dahin, daß der Weg, den die Domänenverwaltung betreten hat, billigt und uns eine Aufmunterung ertheilt, auf diesem Wege fortzufahren. In dem Antrag ist kein Vorschlag enthalten, den die Domänen-Verwaltung nicht bisher berücksichtigt hätte. Ich möchte aber bitten, an die Erfüllung der Anforderung, die der Antrag stellt, nicht allzu große Hoffnungen zu knüpfen und sich jedesmal die faktischen Verhältnisse genau anzusehen. So ist die Angabe eines Vorredners, daß in die dichtere Bevölkerung allemal aus den dünnen bewohnten Gegenden die Einwanderung stattfinde, in dem hier angewandten Sinne keineswegs richtig. So hat beispielsweise in Rheinland und Westfalen die Bevölkerung nur da zugenommen, wo die Industrie ihren Aufschwung genommen, überall da aber, wo am Rhein vorzugsweise Landbau betrieben wird, hat die Bevölkerung ebenso wie in anderen Provinzen abgenommen. Was die überseeische Auswanderung anbetrifft, so sind wir da nach Ausführungen, die mir zugegangen sind, doch an manchen Punkten schon auf der Rückkehr begriffen. Die Fälle sollen nicht ganz selten sein, wo in neuester Zeit Auswanderer aus Amerika zurückgegangen sind und sich über den schlechten Erfolg ihres Unternehmens beklagt haben und jeder solcher zurückgekehrte Auswanderer wird gewiß viele abhalten, dem Contagium der Auswanderung anheimzufallen.

Abg. v. Benda: Mit dem durch den Antrag befürworteten Maßregel allein kann diese Frage für uns nicht abgethan sein, es wird sich darum handeln müssen, durch Schritte der Gesetzgebung die hier angebauten Erfolge sicher zu stellen. Ueberall freilich, wo wir der Lösung dieser Frage in Vereinen und in der Presse näher getreten sind, fehlt uns immer in vollstem Umfange die praktische Unterlage, die Kenntniß der bestehenden tatsächlichen Verhältnisse, die Kenntniß des genauen und zuverlässigen statistischen Materials. Wir sind daher für viele hier einschlagende Fragen noch nicht reif (Sehr richtig!), noch keineswegs genügend in Kenntniß vorgeschriften. Schön aus diesem Grunde entpfele ich dringend, den Antrag meines hochverehrten Freundes Miquel der um 7 Mitglieder verstärkten Agrarcommission zu überweisen.

Abg. Graf Königsdorff: Ein mittlerer Bauernstand fehlt im östlichen Pommern, weil es nicht möglich ist, die Produkte zu verföhren. Möchte doch der Herr Handelsminister für genügende VerkehrsmitteI sorgen, die von der Provinz aus eigenen Mitteln beschafft werden können.

Abg. Wagner (Stralsund) ist sehr erfreut darüber, daß der Finanzminister sich für eine Parzellierung von Domänen in Neu-Pommern ausgesprochen habe, bittet ihn aber sie vorzüglich in den Gegenbenen einzutreten zu lassen, wo großer Grundbesitz vorhanden ist. Ferner wäre zu erwägen, ob man nicht Verpachtung eintreten lassen wolle, da nur dadurch seiner Ansicht nach ein tüchtiger Bauernstand sich bilden werde.

Der erste Antrag der Commissarien wird an die durch sieben Mitglieder verstärkte Agrarcommission verwiesen.

Zu dem zweiten bemerkte Abg. Schmidt (Sagan), daß nach Ansicht der Commissarien die Zins- und Amortisationsbedingungen für Drainirungs-Vorschüsse zu hart seien. Denn außerdem, daß der Pächter noch andere

Die Einnahme aus den grundherrlichen Hebungen und Hebungen von veräußerten Domänen-Objekten u. s. w. (Tit. 1, Pos. 1) ist für das Jahr 1874 auf 1,313,718 Thlr., also um 196,153 Thlr. weniger als im laufenden Jahre veranschlagt. Die Ursache dieser Veränderung liegt, wie die Motive ausführen, darin, daß die Herrschaft Schwedt in Folge gerichtlicher Entscheidung an das Krongdecommis übergegangen ist. Die Consequenz dieser

Kosten zu tragen habe, könnten seine Kosten durch den Ertrag der Ernte während der Amortisationsperiode nicht gedeckt werden.

Regierungs-Commissionär Geheimer Rath Drechsler: Die Verwaltung hat nichts thun können, als die Bedingungen für die Vorzüsse den Verhältnissen gemäß festzustellen und die Anträge der Pächter abzumachen. Die Bedingungen aus 1868 aufgestellt und von Sachverständigen als nicht zu hart angesehen worden.

Abg. Miquel: Die Domänenverwaltung sollte nicht auf die Anträge der Pächter warten, sondern die Drainirung selbst in die Hand nehmen. Da die Drainirung länger als 20 Jahre wirkt, so wäre eine längere Amortisationsperiode zu wünschen, denn sonst hat der Pächter auf eigene Kosten Meliorationen zu Gunsten des Verpächters vorgenommen.

Finanzminister Campenhausen: Die Frage scheint mir einer eingehenden Erörterung zu bedürfen, ehe hier ein Antrag angenommen wird. Die Bedingungen scheinen mir nicht zu hart; daß es allerdings Pächter gibt, die zu noch besseren Bedingungen die Sache in die Hand nehmen möchten, will ich gern glauben. Da die Pachtperiode einen 18jährigen Zeitraum umfaßt, ist es wünschenswert, die Amortisationsperiode auf eine nicht viel längere Zeit auszudehnen, damit der Pächter nicht mehrmals in die Pachtcontracte übergeht. Wenn der Abg. Miquel meint, die Domänenverwaltung soll die Drainage in die Hand nehmen, so scheint mir das ein Ding der Unmöglichkeit. Ich muß Sie bitten, den Antrag abzulehnen.

Abg. Doerk (Lod.): Die Altpreußen sind bei der Drainage mit den größten Summen beteiligt. Wenn sie sich über die harten Bedingungen beklagen, so liegt der Grund darin, daß sie durch den Mangel an Kunststrassen und genügenden Arbeitskräften bedeutendere Kosten anzuwenden haben, als es in anderen Provinzen der Fall ist.

Abg. Kiepert hält den Antrag für wichtig genug, um auch ihn an die verstärkte Agrar-Commission zu verweisen, da ein Theil der Domänenpächter noch kein volles Verständnis von der Bedeutung der Drainage hat. Nichts wird aber dieses Verständnis so fördern, als eine Erleichterung der Bedingungen, unter denen die Mittel zur Drainage gewährt werden.

Das Haus beschließt im Sinne des Vorredners mit dem Antrage zu verfahren, da eine unmittelbare Entscheidung über denselben ohnehin nicht erfolgen kann, weil er eine Geldbewilligung impliziert.

Nachdem auch der Erlass aus Ablösungen von Domänenfällen genehmigt ist, vertagt sich das Haus um $\frac{1}{2}$ Uhr bis Sonnabend 11 Uhr. (G. C. betr. den Rechtszustand des Herzogs von Arenberg, Stats des landwirtschaftlichen Ministeriums, der direkten und indirekten Steuer-, Wahlprüfungen.)

Berlin, 4. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Landrat des Kreises Bitton, von Buttammer auf Klein-Gustow, den Roten Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife; dem General-Commissionär Obergeheimath zu Berlin den königlichen Kronen-Orden 3. Klasse; dem Cantor und Lehrer Schäffer zu Nieder-Börn, Amts Hameln, und dem Stadtverordneten, Bäckermeister Hans Beckmann zu Rendsburg, den königlichen Kronen-Orden 4. Klasse; sowie dem Schullehrer Treger zu Ballupönen im Kreise Pillkallen und dem emeritierten Lehrer Hüsgen zu Eben den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat den Präsidenten des Reichs-Oberhandelsgerichts Dr. Pape zu Leipzig zum kaiserlichen wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikat „Excellenz“ ernannt. Dem Kaufmann Wilhelm A. Niedermann zu Geestemünde ist Namens des Deutschen Reichs das Kreuz als königlich belgischer Consul derselbe ertheilt worden. Dem Notar Franz Joseph Nidlin zu Saarburg im Landgerichtsbezirk Tabern ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichs-Zuständigkeits ertheilt.

Se. Majestät der König hat den Geheimen Ober-Finanz-Rath a. D. Gamet als Präsidenten des Curatoriums der Preußischen Renten-Versicherungs-Amtstalt, und den Ober-Tribunal-Rath Brunnenmann als Stellvertreter desselben auch für die drei Jahre 1874 bis 1876 bestätigt, und den Kreisrichter und Abteilungs-Direktoren Triemel in Schwab zum Kreisgerichts-Rath ernannt.

Dem Obergerichts-Anwalt und Notar Dr. jur. Daniel in Göttingen ist in der Eigenschaft als Advokat und Notar die Verlegung seines Wohnsitzes nach Pattensen gestattet und der Bezirk des Obergerichts in Hannover als Notariatsgeschäftsbezirk angewiesen worden. — Der Kreisrichter Walter in Schubin ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Glas und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau mit Aufweisung seines Wohnsitzes in Neurode ernannt worden.

Berlin, 4. December. [Se. Majestät der Kaiser und König] konferirten heute mit dem Chef des Militär-Cabinets, General von Albedyll, empfingen Se. Königliche Hoheit den Prinzen Georg von Sachsen und ließen sich von dem Chef des Civil-Cabinets, Geheimen Cabinets-Rath von Wilmowski, einen kurzen Vortrag halten. (Reichsanzeiger.)

Berlin, 4. December. [Die Verfassung der Gerichte, Auslieferungsvertrag. — Das Befinden des Kaisers, Provinzial-Ordnung. — Das Duell.] Die schon bei der Vorlegung des Gesetzentwurfs über die Verfassung der Gerichte dem Bundesrath in Aussicht gestellte specielle Begründung ist jetzt gleichfalls dem Bundesrath zugegangen. Dieselbe umfaßt nicht weniger als 266 Druckseiten. — Die luxemburgische Regierung hat den Wunsch zu erkennen gegeben, den zwischen Luxemburg und Elsaß-Lothringen bestehenden Auslieferungsvertrag vom 3. Juli v. J. auf das übrige Reichsgebiet auszudehnen. Da die einheitliche Regelung dieser Angelegenheit für das ganze Reich auch den deutschen Interessen entspricht, so hat der Reichskanzler beim Bundesrath die Genehmigung des Antrages befürwortet. — Die Besserung in dem Befinden des Kaisers schreitet in erfreulicher Weise fort, doch wird man es begreifen, daß alle wichtigen Regierungs-Angaben nicht in dem schnellen Tempo erfolgen, welches man wünschen möchte. So dürfte auch die Nachricht, daß der Gesetzentwurf über die Civile im Cabinet schon erledigt und die Ermächtigung zur Vorlegung an den Landtag bereits erfolgt sei, als voreilig zu bezeichnen sein. — Der Entwurf der neuen Provinzialordnung ist, nachdem derselbe im Ministerium des Innern festgestellt worden, dem Staatsministerium zur Beratung und Beschlussschaffung zugegangen. Die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, daß eine nochmalige vertrauliche Beratung über den Entwurf im Ministerium des Innern stattgefunden habe, ist durchaus irrtümlich; ebenso wie alle damit in Verbindung stehenden Angaben über vermeintliche Divergenzen, welche sich zwischen dem Minister des Innern und Abgeordneten herausgestellt haben sollten. — Die Gerüchte über ein Duell zwischen Manteuffel und von der Groeben dauern fort; nach den neuesten Nachrichten soll letzterer schon gestorben sein. Es kann nicht die Aufgabe der ersten Presse sein, alle neu auftauchende Gerüchte zu widerlegen; es genügt darauf hinzuweisen, daß das Blatt, welches zuerst vom Duell wissen wollte, sich selber nur auf Hörensagen beruft. Dagegen wird an competenten Stelle versichert, daß von einem Duell, welches zwischen den beiden Offizieren, sei es in Berlin oder anderswo, stattgefunden haben sollte, nichts bekannt ist.

D. R. C. [Über die vielbesprochene Duellangelegenheit] geht uns heute von einer Seite, die wir wohl für gut unterrichtet halten dürfen, eine Mittheilung zu, welche geeignet ist, einiges Licht in dieses Dunkel zu bringen. Man schreibt uns nämlich: Sie hatten wohl Recht, als Sie behaupteten, daß das Gerücht über das Duell zwischen den beiden Generalen, das allerdings nicht stattgefunden hat, nicht so ohne Weiteres erfunden sein könnte, da man nicht Personen von so hoher Stellung so leichtfertig in den Stadtklatsch hinein zu ziehen pflegt. Thatjache ist es, daß der General v. d. Gröben wegen des Vorganges mit dem Feldmarschall von Manteuffel seinen Abschied genommen hat und ebenso ist es auch Thatjache, daß General v. d. Gröben, nachdem ihm der Abschied ertheilt worden war, dem Feldmarschall Frhrn v. Manteuffel seinen Kartellträger gesendet hat. Die Verhandlungen

zwischen den beiden Parteien waren bereits soweit gediehen, daß man sich mit der Wahl eines geeigneten Platzes beschäftigte, auf dem die Anlegeszeit zum Auftrag gebracht werden sollte, als eine sehr hochstehende Person sich in's Mittel legte, und einen Vergleich zwischen beiden Parteien zu Stande brachte. Und hierin ist die erste Mittheilung der „Kreuz-Zeitung“ zutreffend, daß hr. von Manteuffel bei dieser Gelegenheit ein großes Entgegenkommen gezeigt habe; denn auf Veranlassung der vermittelnden hohen Persönlichkeit gab der Feldmarschall eine so bindende Erklärung ab, daß General v. d. Gröben sich für vollkommen befriedigt erklären konnte.

Königsberg i. Pr., 4. December. [Anerkennung. — Festlichkeiten.] Die juristische Fakultät der hiesigen Universität hat den Oberpräsidenten von Horn zum Dr. jur. ernannt. — Gelegentlich des mehrjährigen Aufenthaltes, den Generalfeldmarschall von Manteuffel bei seiner Rückreise von Petersburg hier nehmen wird, sind größere militärische Festlichkeiten in Aussicht genommen.

Spreewalde, 4. December. [Vor der Reputation des hiesigen Kreis-Gerichts] hat heute unter großem Andrang des Publikums die Criminalprocedur gegen den 17jährigen Hoszänger Fritz Schütt wegen Ermordung der Anna Böckler begonnen. Der Angeklagte leugnet.

Insel Rügen, 2. December. [Die Sturmfluth.] Man schreibt der „Volks-Ztg.“ aus dem Dorfe Dranske vom 1. December: Der Sturm gestern Abend machte uns unsere gefährliche Lage wieder recht klar. Die Ostsee stieg zur erstaunlichen Höhe und unsere durch die Sturmfluth vorigen Jahres zerstörten Dünen boten keinen Schutz mehr. Ein zweiter schauriger Winter steht uns bevor und jedem Wachen der Fluth müssen wir in dieser Jahreszeit mit Angst entgegensehen. Wenn wir von den gewaltigen Überwälzungen des preußischen Staates leben, so kommen wir uns auf dieser äußersten Nordwestspitze Rügens recht verlassen vor. Wir selbst haben nicht die Mittel, die Dünen wieder herzustellen und hofften, daß die so reichlich bewilligten Gelder auch unserer persönlichen Sicherheit zu Gute kommen sollten — aber bis jetzt vergeblich. Mit Reid sehen wir auf die Bewohner der Halbinsel Darß im Kreise Franzburg; dort hat der Staat bereits große Summen für Dünenbauten ausgegeben und wird auch noch mehr ausgeben. Noch ist uns mit Wenigem zu helfen! Wenn aber dem Nebel nicht bald gesteuert wird, so ist es überhaupt zu spät. Der See frisht täglich und ständig, Zoll um Zoll; jeder hohe Wasserstand nimmt Land hinweg, bis unser Dorf verschwunden sein wird und dort, wo einst glückliche Menschen wohnten, die Ostsee brauen wird.

Kassel, 1. Dezember. [Die hessischen Schullehrer.] Nicht allein die Geistlichen, sondern auch die hessischen Schullehrer Bilmarscher Richtung zeigen sich den Anordnungen der Regierung gegenüber bezüglich des Religionsunterrichtes renitent. Einige derselben haben der königlichen Regierung eine „Erklärung“ zugekommen lassen, worin sie mit dünnen Worte sagen, sie seien völlig außer Stande, „den Religionsunterricht im Namen und Auftrag irgend einer menschlichen Autorität zu ertheilen, den der Herr selbst ausdrücklich in seinem Namen und seinem Auftrag ertheilt wissen will.“ Die kurze Antwort der Regierung lautete: „Auf Ihre Gingabe... erwidern wir, daß Sie gesetzlich verpflichtet sind, auch in Betreff des Religionsunterrichtes den von uns ausgehenden Weisungen zu folgen, und daß etwaige in dieser Beziehung Ihrerseits zu Tage tretende tatsächliche Unbotmäßigkeit die unverzügliche Einleitung des Disciplinar-Vergfahrens zur Folge haben würde. Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulsachen: Mittler.“

München, 4. Decbr. [In der Kammer der Reichsräthe] stand heute der Herz-Bölfische Antrag, betreffend die Erweiterung der Reichscompetenz zur Beratung. Der Referent Neumayer führte aus, daß es sich zunächst um die Frage handle, ob der Antrag als Initiativ-Antrag zu betrachten sei. Die Deputirten Harlez, Bomhard, Riethammer und Prinz Ludwig sprechen sich hierfür aus, während Hauenschmidt und Hohenlohe sich dagegen erklären. Letzterer führt aus, daß der Herz-Bölfische Antrag keine Änderung der bayerischen Verfassung beziehe und daher nicht den Charakter eines Initiativ-Antrages an sich trage, weshalb die einfache Stimmenmehrheit zur Beschlussschaffung über denselben genüge. Der Antrag bedeute nur eine moralische Unterstützung, ein Vertrauensvotum für die Regierung. Der Ministerpräsident erklärt, daß die Staatsregierung immerhin in wichtigen Fragen, welche bei dem Bundesrath zur Beratung kommen sollen, die moralische Verpflichtung fühle, die Meinung des Landtages zu vernehmen. Der Antrag des Ausschusses, nach welchem der Herz-Bölfische Antrag als Initiativ-Antrag zu behandeln und weshalb für denselben also eine Zweidrittelmajorität erforderlich ist, wird hierauf mit 27 gegen 15 Stimmen angenommen. Es folgt sodann die Debatte über die Materie des von dem Ausschusse modifizierten Bölfischen Antrages. Der Justizminister erklärt sich mit dem Antrag des Ausschusses durchaus einverstanden und gab zugleich die Verfassung, daß er bei dem Bundesrath die Erhaltung der höchsten Gerichtsinstanz in Bayern dringend anstreben werde. Der Antrag des Ausschusses wird schließlich mit 27 gegen 15 Stimmen angenommen, ist demnach als formell abgelehnt zu betrachten, da derselbe die nothwendige Zweidrittel-Majorität nicht erhalten hat. (Weitere Ausführung der im Morgenbl. mitgetheilten Depesche.)

Metz, 2. December. [Mangel eines deutschen Krankenhauses in Metz. — Zur Sterblichkeits-Statistik. — Die Erhaltung der Esplanade. — Ermäßigung der Bergwerksabgaben.] Seit der Wiedereinverleibung mit Deutschland sind in Lothringen und speciell in Metz manche wohlthätige Einrichtungen neu getroffen und manches Mangelhafte verbessert worden. Das erkennen auch die an, welche der neuen Verwaltung nichts weniger als günstig gefüllt sind. Die Kürze der Zeit ist sicherlich allein daran Schuld, daß viele wichtige Punkte noch ihrer Erledigung harren. Einer derselben, der gewiß nicht der unwichtigste ist, möchten wir heute besprechen. Metz, von dessen Civilbevölkerung mindestens der dritte Theil aus Deutschen besteht, besitzt noch kein deutsches Krankenhaus. Freilich werden in dem hiesigen französischen Hospital auch deutsche Kranke verpflegt; allein es ist gewiß nicht jedermann Sache in einem Krankenhaus Zuflucht zu suchen, in welchem kaum einer der Aerzte das nothwendigste Deutsch versteht, während das Pflegepersonal durchweg nur die französischen Sprache mächtig ist. Versuche, in dem erwähnten Hospital eine Abtheilung mit einem deutschen Arzte und deutschen Wärtern zu errichten, sind bis jetzt stets gescheitert. Wenn man erwägt, daß der größte Theil der deutschen Bevölkerung aus alleinstehenden Personen besteht — unverheiratheten Beamtens, Handwerkern, Arbeitern, Dienstboten u. s. w. — denen im Falle einer schweren Erkrankung nur die Lazarethbehandlung übrig bleibt, so wird der Wunsch, daß recht bald ein deutsches Krankenhaus erbaut werden möge, nicht ungerechtfertigt erscheinen. Freilich ob unser Municipalath die Initiative in dieser Angelegenheit ergreifen wird, möchten wir bezweifeln. — Von Ende Juli bis Anfang November d. J. liegt uns eine Sterblichkeitsstatistik der Bevölkerung von Metz vor. Darnach sind in dem genannten Zeitraum im Ganzen 333 Personen gestorben, wovon auf den August 144, September 120 und October 69 kamen. Die auffallend hohen Ziffern in den beiden ersten Monaten erklären sich durch die damals herrschenden Affectionen des Verdauungssystems, besonders Brechdurchfall und Ruhr, woran allein im August 88, im September 75 Personen gestorben sind. Unter die Sehenswürdigkeiten in Metz gehört in erster Linie die Esplanade mit ihren

prachtvollen Anlagen. Leider haben unter der anhaltenden Trockenheit der letzten Jahre die größeren Bäume derartig gelitten, daß man daran denken mußte, diesem Nebelstande auf irgend eine Weise abzuhelfen. In der letzten Stadtrathssitzung, welche sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, wurde von sachverständiger Seite her beantragt, mehrere Reihen der Bäume zu entfernen, um dadurch die Anderen erhoben zu werden, als in der zwölften Stunde eine Stimme laut mehrere Mittel vorzuschlag, wodurch inzwischen ein besseres Gediehen der Pflanzungen erzielt werden soll. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, und unsere Esplanade erfreut sich bis auf Weiteres ihrer Integrität! — Von großer Wichtigkeit für die weitere Entwicklung des Bergbaues in Lothringen ist der Gesetzesentwurf, wonach vom 1. Januar 1874 ab die verhältnismäßige Bergwerksabgabe von 5 auf 2 Prozent des Reinertrages ermäßigt wird.

Österreich.

Pest, 4. Decbr. [Ministerpräsident Szlavay] hat in dem gestrigen Ministerrathe die Erklärung abgegeben, daß er, nachdem Szell die Uebernahme des Finanzportefeuilles abgelehnt, auf seinem Demissionsgesuche beharren müsse.

Schweiz.

Genf, 28. November. [Die Braunschweigische Erbschaft] nach der religiösen Frage noch immer, welche das Publikum am meisten interessirt. Seit 8 Tagen, schreibt der „Bund“, strömt eine Menge nach dem Museum Rath, um die Ausstellung der Juwelen und Kunstgegenstände aller Art, die dem verstorbenen Herzog angehörten, zu betrachten. Ich beabsichtige nicht, Ihnen ein Verzeichniß aller dort figurirenden Schätze zu geben, ich werde mich damit begnügen, Sie auf einige der bemerkenswerthen Gegenstände aufmerksam zu machen. Zunächst figurirt darunter die berühmte Mantuaer Vase, vor der man so viel gesprochen hat; es ist dies ein wahres Meisterstück an Geschmac und Eleganz, dessen Einschätzung Bielenstaaten sagt, welche sich darunter etwas Schillerndes vorstellen. Sodann kommen: ein in Rubin gehauenes Weihzeug, wie man sagt, herrlich von der Plunderung des Sommerpalastes von Peking, Spülseren, Diamantensträuße, Hutschüre, ganz in Diamanten, ein Degengriff, ganz von Goldsteinen, goldene Dolche in jeder Dimension, diamantene Ordenssterne, ein wahrhaft bewunderungswürdiges Assortiment von Ringen, Knöpfen, Ohrgehängen um, um diese kurze Nomenklatur zu schließen. Smaragd-Rubine, Brillanten in so bedeutender Menge, daß man auf deren Aufzählung verzichten muß. Man sieht da Rubine, die nach der verschiedenen Facetten geschnitten sind, Smaragde, die sich durch ihren Umfang ausscheiden und von denen zwei tafelförmig geschnitten sind. Endlich, ohne von verschiedenen Familien-Souvenirs zu reden, welche auch ihre Bedeutung haben, sind noch zu erwähnen: ein Taschenservice, ein luxuriöses Toilette-Necessaire, ein sehr künstlich getriebenes Deserfservice, drei Kunstuhrwerke, schmückt mit Sujets in Basrelief. Man fragt sich, wie alle diese wunderschönen Reichtümer nur zu 1,850,000 Franken angeschlagen werden können und es hat die „Patrie“ wohl nicht ganz unrecht, wenn sie sagt, man glaube diese Schätzung sei weit unter dem wahren Werthe gebrüggt. Gewiß ist Genf niemals einer so prachtvollen Ausstellung bewohnt.

In seiner letzten Sitzung hat sich der Municipalrat ebenfalls noch mit dieser Erbschaft beschäftigt, um die uns manche geträumte Häupter beseitigen. Der Verwaltungsrath gab der Municipalität Kenntniß von einem Schreiber des Testamentsvollsprechers des Herzogs, in welchem von der Stadt 203,000 Franken verlangt werden für verschiedene Vermächtnisse zu Gunsten von Personen, welche dem Hause des Herzogs angehören. Sofort wurde eine einstimmige Commission zur Prüfung dieses Begehrns ernannt. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß daß dasselbe einstimmig ratifiziert werden wird.

Italien.

Rom, 28. November. [In der Kammer] geht es, so schreibt man der „A. Z.“, mit den Beschlüssen über die Annahme des Budgets der verschiedenen Ministerien schnell weiter, die des Ministeriums des Auswärtigen wie des Innern wurden fast ohne Discussion gutgeheissen. Wurde es sonst bei den Finanzberatungen lebhaft, sogleich war die clericalen Presse mit dem Vorwurf bereit, die Zeit werde vergeuden; doch es geschehe absichtlich, um nichts zu Ende zu bringen, damit man bei der neuen Session wieder da anfange, wo man eben das letzte Mal anfing und aufhörte. Doch heute, wo man sich beilebt, haben sie noch mehr zu tadeln und lächerlich zu machen, denn Krieg muss einmal sein: die Deputirten machen es wie der Senat; billigten mit verbundenen Augen jede ministerielle Vorlage, alle Pläne und Gesetzesvorlagen aber schienen sich in der neuen Session um ihren Beruf zu bekümmern wie jemand um das dritte Bein: man sah mit Dampf. Wer wird es solchen frommen Leuten so recht machen? Ohnehin sind sie keck geworden, seitdem eine telegraphische Nachricht den Rücktritt des Grafen Fournier aus seiner hiesigen Stellung, und damit die wahrscheinliche Abberufung des Ritters Nigra aus Versailles meldete. Die italienische Regierung würde allerdings in Form einer Gönner der italienischen Nationalität verlieren, ob die französische Grund hat, den eventuellen Verlust Nigra's hoch anzusclagen, in freilich zweifelhaft. Der Ritter genießt immerhin noch heute den Ruhm eines eleganten Diplomaten, der für die Kaiserin Eugenie die sentimentalsten Barcarolen alla veneziana geschrieben, und die kaiserliche Küche, wenn es risotto milanese gab, am besten zu dirigieren gewußt.

[Republikanisches.] Die Behörden wollten in den letzten Wochen zwischen den alten und jungen Republikanern einen lebhaften Verkehr bewahren. Dies gilt vorzüglich von Norditalien. Die Legation wollte in Parma ein Central-Comite stiften, weshalb letzten Montag ein Mazzini-Saal für Vorlesungen eröffnet werden sollte. Da schien wenige Stunden vorher der Befehl des Präfekten: „Der republikanische Club in Parma ist aufgehoben, der mit ihm verbundene Mazzini-Saal geschlossen, seine Papiere werden in Beschlag genommen.“ Gendarmen und eine Compagnie Bersaglieri hatten sich eingefunden, den Polizeiamt auszuführen. Auch hier wie in Neapel regt sich die alte Carbonarie, doch mit Vorsicht, und Garibaldi treibt zur Zeit mehr Literatur als Politik.

[Fürst Altieri.] Gestern im Vatican ein lange entbehrt Schauspiel: ein Fürst, der sich die Erlaubniß vom Papst erbietet, Titel und Würde seines verstorbenen Vaters zu übernehmen. Aber der Fürst war ein Fürst ohne Land, aus einer der hiesigen päpstlich gefundenen Patrizierfamilien, Principe Emilio Altieri, Hauptmann im Regimento der päpstlichen Nobelgarde. Die Feierlichkeit wurde in der gewohnten und vorgebrachten Weise in einer Audienz erledigt, die ihm Pius IX. gewährt hatte.

Amerika.

Mexico, 29. Octbr. [Die bekannten Reformgesetze] sind, so schreibt man der „A. Z.“, diese Tage durch Bestimmung des Congresses der Verfassungs-Urkunde einverlebt worden. Alle Beamten und Bediensteten vom Präsidenten bis zum armen Dorfshulmeister und Alcalde müssen deshalb diese umgestaltete Constitution beschwören, was unter der reactionären Partei bedeutendes Aergernis hervorruft. Manche Beamten verweigerten den Eid als

ersten Angelegenheit steht eine Vereinbarung der verschiedenen Concessionen in Aussicht.

[Zum Schutz der Küsten] will die Regierung fünf kleine Kriegsdampfer ankaufen, zu welchem Zwecke sie den Platzcommandanten von Vera-Cruz nach den Vereinigten Staaten gefandt hat.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 3. December. [Schwurgericht.] Wer vor Einführung des Reichsstrafgesetzbuchs unter der Herrschaft des preußischen gelebt hat, wird, wenn er nicht Jurist ist, kaum wissen, was er sich unter Landfriedensbruch heutzutage vorstellen soll. Mit Recht wird er daran denken, daß dieses Verbrechen im engsten Zusammenhange mit dem „allgemeinen und ewigen Landfrieden Kaiser Maximilians“ vom Jahre 1495 steht. In der That bedroht dieser Landfrieden diejenigen, welche sich wider ihn auslehnten, mit Fleisch und Schwert. Ohne Rücksicht auf den Landfrieden jagt jedoch schon 35 Jahre später die peinliche Halsgerichts-Ordnung Kaiser Karl V.: „Welcher Demand wider Recht und Billigkeit, mutwillig befiehlt, den richtet man mit dem Schwert vom Leben zum Tod.“ Hiermit war an Stelle des jämmerlichen Wesen des Verbrechens gehöriger Bruchs des Landfriedens ein widerrechtliche Gewalt getreten, welche als öffentliche in vielen Gebieten des gemeinsamen Rechts bis auf die neuere Zeit unter dem Namen „Landfriedensbruch“ bestraft wurde. Preußen bestraft nur ein ähnliches Verbrechen, indem es als Characteristicum das Zusammenvotten und das widerrechtliche Eindringen in fremde Räume hinstellt. Das neue Reichsstrafgesetzbuch kommt den älteren Gedanken näher und frischt auch den alten Namen wieder auf, indem es als „Landfriedensbruch“ bezeichnet, wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewaltthäufigkeiten begeht. Dieses Verbrechens angeklagt erhielten heute vor den Geschworenen die Inwohner Karl Weiß und Karl Knühr sen., die Knechte Wilhelm Knühr, - Karl Knühr jun. und Josef Zeichor aus Groß-Ulrichs, Gottlieb Giehrlich aus Domnowitz und David Junius aus Cainow. Der Thatsatzstand des ihnen zur Last gelegten Landfriedensbruchs ist nach der Darstellung der Anklage folgender:

Am Sonntag den 6. Juli 1873 wurde in Kogerte das Kirchfest gefeiert und fand dabei in den beiden dortigen Gasthäusern von Schwarz und Bartholomäus statt. In dem Schwarz'schen Gasthause hatte sich unter anderen Personen auch der Angeklagte Weiß eingefunden. Derselbe war angetrunken und wurde, da er die mitanwesenden Gäste durch Redensarten belästigte, herausgebracht. Es kam indessen bald wieder zurück und bestellte sich ein Glas Bier. Als ihm dies gereicht wurde, meinte er, daß es nicht vollen genug wäre und goß den Inhalt in die Stube. In Folge dessen wurde er mit Hilfe des Zimmermanns Nitschke nochmals hinuntergezogen. Nunmehr begab er sich in das Bartholomäus'sche Gasthaus, woselbst sich eine größere Anzahl Groß-Ulrichscher Knechte, unter ihnen hauptsächlich die Angelagerten befanden. Diese forderte er auf, mit ihm in das Schwarz'sche Local zu kommen und ihm Hilfe zu leisten, es würde dort etwas zu „decken“ geben. Hierbei äußerte er auch: „Ein Quart Schnaps geb ich, aber der Karl muß Prügel kriegen, das er nicht laufen kann.“ Bald darauf erschien Weiß in Begleitung verschiedener Groß-Ulrichscher Knechte, insbesondere der übrigen Angelagerten. Die letzteren ließ Weiß an der Thür stehen und trat allein in das Gastlocal, offenbar in der Absicht, eine Schlägerei herbeizuführen. Zu diesem Zwecke stieß er zunächst im Vorbeigehen an den Schwarz, selbst an, der ihn jedoch vermied. Unmittelbar danach begann ein Gedränge und dadurch ein Stoßen, welches bald zu einer Schlägerei von den größten Dimensionen ausartete, die auch bald einen gefährlichen Charakter annahm. Die Anklage behauptet nun, die Angelagerten seien über das im Locale anwesende Publikum hergefallen und hätten dasselbe theils mit Knütteln, theils mit Stücken einer zerbrochenen Bank derartig mißhandelt, daß das Blut an die Wände geprägt sei. Gläser, Flaschen und Stühle flogen umher, kurz es war eine regelrechte Bauernschlacht, von der sich ein Teil des angegriffenen Publikums durch die Fenster springend zurückzog. Der Hauptankläger der Schlägerei, Karl Weiß, - man muß zweifeln, ob er dafür Lob oder Tadel verdient - entfernte sich bald nachdem er geprägt hatte, daß sein Bemühen mit dem am schönsten duntenden Erfolge geglückt war. Von den einzelnen Thatfächern, aus welchen sich der veritable Landfriedensbruch zusammensetzte, sind folgende anzuführen: Wilhelm Knühr habe bei Beginn des Streites den Zimmermann Nitschke, welcher den Weiß mit herausgeworfen hatte, mit der Faust in's Gesicht geschlagen, daß dieser sofort blutete. Als der Maurer Maße den Wilhelm Knühr und den Joseph Zeichor bat, doch keinen solchen Standal zu machen, erhobt er statt aller Antwort mehrere Stockstöße über den Kopf, so daß dieser aus 4 Wunden blutete. Auch die Tochter der Wirthin, Anna Schwarz, welche zusammen mit ihrer Mutter bemüht war, ihren Bruder aus dem Gedränge zu bringen, sei von Joseph ebenfalls mit dem Stocke geschlagen worden. Dem Angelagerten Gneirlich ward zur Last gelegt, daß er ohne jede Veranlassung den ruhig am Schenktisch sitzenden Knecht Kreßmer mit einem Knüttel gebauten habe. Wilhelm und Karl Knühr senior schlugen zusammen mit Junius den Inwohner Peter und dessen Frau Gans besonders aber rütteten sich die Mißhandlungen gegen die Brüder Karl und Joseph Taplan. Ersterer wollte gleich Anfangs den Streit schlichten, indessen fielen Wilhelm und Karl Knühr senior sofort über ihn her. Als ihm sein Bruder zu Hilfe eilte, erhobt er sofort einen Stoß auf den Kopf, den ihn so verwundete, daß er sich mit Blut überströmte und in einer anstehenden Altbuche Schutz suchte. Sein Bruder folgte ihm hierher und beide suchten sich mit einem Tütze gegen die nachdringenden Feinde zu schützen. Als das auf die Dauer nicht mehr ging, waren beide den Tisch fort und es gelang beiden, ins Freie zu flüchten. Karl entfam auch vollständig, indessen wurde Joseph Taplan im Garten des Stellenbesitzers Stephan eingeholt, niedergeworfen und mit Stöcken und Stuhlkneilen auf das Auge mißhandelt. Erst auf den Einpruch des Stellenbesitzer Klösel, welcher diese Scene beobachtete, ließen die Verfolger von ihrem Opfer ab und kehrten in das Schwarzsche Gasthaus zurück. Klösel brachte nunmehr mit Hilfe seiner Cheffrau den Joseph Taplan in sein Gehöft. Das mußte jedoch von den Wüthernern bemüht werden sein, denn wenige Minuten später drangen Wilhelm Knühr, Junius, Gneirlich und Joseph in das Gehöft und die letzteren drei Personen fielen auf's Neue über den nun wehrlosen Joseph Taplan her. Als Klösel hierauf bat, sie möchten den Mann doch nicht zu Schanden schlagen, erhobt er sofort selbst einen Stockschlag über den Kopf, der eine blutende Wunde hervorbrachte. Hierbei wurde auch seine Cheffrau mit einem Kippstein, an welchem sich ein herausragender Nagel befand, derartig auf die Stirn geschlagen, daß sie eine bis auf den Kopftrocken gehende Wunde erhielt. Am anderen Tage mußte diese Wunde von dem Kreisphysikus, Sanitätsrat Dr. Lesser, genäht werden und die Frau Klösel hat zur Heilung vierzehn 4 Wochen im Bett zubringen müssen.

Ebenso wurde Peter nach dem Trebnitzer Maltheuer-Lazareth geschafft und ist dort etwa 12 Tage ärztlich behandelt worden. Als der Exreb seinen Höhspunkt erreicht hatte, wurde der Scholz Ernst und später auch der Dominikanerpächter Kernbach herbeigeholt. Ersterem gelang es auch, die Tumultuanten aus dem Schwarz'schen Lokal zu bringen, da jedoch die Prügeli auf der Dorfstraße sich fortsetzte, so mußte zur Verhaftung geschritten werden, welche denn auch gelang, obwohl noch hierbei Kernbach von Carl Knühr sen. an der Brust gepackt und mit einem Stoß über den Kopf geschlagen wurde. Man sperrte die Excedenten in ein Lokal auf dem Hofe des Dominiums, mußte sie jedoch wieder entlassen, weil sie die in dem Lokal befindlichen Gegenstände demolierten und einen ganz stürzterlichen Lärm machten.

Hierach ist Carl Knühr zuvor der einzige, welcher sich des nur mit Gefängniß bedrohten einfachen Landfriedensbruches schuldig gemacht haben soll, während das Verbrechen des Weiß, der als Rädelsführer unter Anklage steht und aller übrigen Angelagerten, welche Gewaltthäufigkeiten gegen Personen begangen und Sachen vernichtet resp. zerstört haben unter der Strafhaftung des zweiten Abjaces des § 125 Reichsstrafgesetzbuches fällt, welcher den Nebelthäler mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bedroht.

Die Angabe der Angelagerten und der Zeugen, sowie die Plaidoyers, welche letztere, wie bereits erwähnt, heute nicht mehr gehalten werden konnten, bringen wir morgen.

- d. Breslau, 4. Dec. [Bezirksverein der Stadttheile südlich der Verbindungsbahn.] Die gefrigre Versammlung eröffnete der Vorsteher, Herr Wienanz, nach Verleihung des Protolls der letzten Sitzung mit der Mittheilung der Antwort des Herrn Ober-Präsidenten, an welchen sich der Verein um Aufschluß über die Bezugserung des Legens der Trottoirplatten auf der Neudorferstraße, nachdem 3 diesbezügliche Besuche an den Magistrat mit beharrlichem Stillschweigen beantwortet worden, gewandt hatte. Die Antwort lautet:

Dem Vorsteher erwidere ich auf das Gefuch vom 5. Nov., die Legung der Trottoirplatten auf der Neudorferstraße betreffend, ergebnit, daß nach dem dieferhalb erforderlichen Bericht die Neudorferstraße erst nach der Lieferung der Unterführung derselben unter der Verbindungsbahn, welche die Oberschles. Bahn anzuführen hat, erfolgen kann.

„Die Ausführung dieser Tieferlegung ist nach der Sicherung des Magistrats erst jetzt möglich, nachdem das die Straße dicht vor der Verbindungs- bahn absperrende Gebäude des v. d. Novag durch die Stadtgemeinde im Wege der Expropriation erworben und abgebrochen worden ist.

Das Project zu der Tieferlegung liegt augenblicklich der Stadt-Bau-

Deputation zur technischen Prüfung vor und die für den Jahrdomann festzu-

stellende Höhenlage wird auch für die Höhenlage des Bürgersteiges maßgebend sein müssen.

Es wird sich daher empfehlen, mit Legung der Trottoirplatten, was Sache der Objekten ist, zur Vermeidung doppelter Kosten, zu warten, bis die Regulirung des Jahrdommnes jener Straße erfolgt ist.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

v. Nordendorf.

Anknüpfend an dieses Schreiben, hob Hr. Tamme hervor, daß es doch eine eigenhümliche Ercheinung sei, von derjenigen Behörde, welcher das Wohl und Wehe der Breslauer Bürgerschaft anvertraut sei, und welcher darum auch ganz gewiß die moralische Verpflichtung obliege, dem einzelnen Bürger auf begründete Vorstellungen Aufschluß zu geben, dazu aber einer Vereinigung von Bürgern eines ganzen Stadtteils gegenüber in noch höherem Maße verpflichtet sei, auf dreimalige Vorstellungen nicht ein Wort der Erwiderung zu erhalten. Umso mehr sei das schöne und freundliche Entgegenkommen der höchsten Provinzial-Behörde dankbar anzuerkennen. Bezeuglich der vom Verein beschloßenen Weihnachts-Gebetsfeier berichtete Hr. Tamme, daß dieselbe unterbleiben müsse, weil die zur Herbeiführung der benötigten Mittel projizierte Festauführung wegen mangelnder Unterstützung nicht zur Ausführung gebracht werden könne. Schließlich wurde der von Hrn. Tamme gestellte Antrag: Es möge von Seiten des Bezirksvereins südlich der Verbindungsstraße ein Hausfrauen-Verein Breslaus angestrebt werden, der den vielfach unbegründeten Preissteigerungen der unentbehrlichen Lebensmittel entgegen trete, von der Versammlung angenommen. Das ein solcher Verein, wenn er namentlich die große Mehrzahl der Breslauer Hausfrauen umschließen, auch wirklich Erfolg erzielen können, würde dadurch von Hrn. Tamme eingehender motivirt, daß die übermäßige Verhinderung der nothwendigen Lebensmittel nicht durch einen Mangel an Produktion derselben oder durch zu großen Contum in Folge von Überbevölkerung hervorgerufen werden, sondern durch den Zwischenhandel. Es werde Sache des Hausfrauen-Vereins sein, diesem Uebelstande zu begegnen. Es soll zur Ausführung dieses Beschlusses nächstens eine große Versammlung von Hausfrauen einberufen werden. Nach Schluss der Versammlung vereinigte ein gemeinnützliches Abendbrot die Vereinsmitglieder zu heiterer Geselligkeit.

„[Feuersgefahre.] In einer Klosterstr. Nr. 46 b im Borderhause belegenen Utensiliensammer hatte sich gestern Nachmittag in den dort eimmündenden Reinigungsbüren der aufgesammelte Dreck entzündet und dann umherstehende leere Tonnen u. a. in Brand gesetzt. Bei Entzünden der Feuerwehr war indeß die Gefahr schon beseitigt. - Nachmittags in der 6. Stunde rückte die Hauptfeuerwache nach Albrechtsstraße Nr. 42, woselbst in einem im 2. Stockwerk befindlichen Spielwarenlager eine Partie derselben in Brand geraten war und mußte eine Spritze in Thätigkeit gesetzt werden, um die Gefahr zu beseitigen.

Schmiebeck, 2. December. [Eröffnung der Präparanden-Anstalt.] Heute fand hier die Eröffnung der ersten königl. evangelischen Präparanden-Anstalt in Schiebeck statt. Dieselbe erfolgte in den feierlich geschmückten Räumen der Anstalt durch den Herrn Regierungs- und Schulrat Rante in Gegenwart der Vorstände der hiesigen Stadt- und Kirchengemeinde und der Stadtschule, sowie anderer Zeitgäste. Die Feier nahm um 11 Uhr Vormittags ihren Anfang. Der Herr Commissarius hob in der Gründungsrede zunächst die Bedeutung der Präparanden-Anstalten resp. der königl. für die Weiterentwicklung des Volksbildungswesens hervor, sprach dann in warmen Worten dem Herrn Bürgermeister Höhne und dem Herrn Pastor Schenk seinen Dank für ihre Bemühungen um das Zustandekommen der hiesigen Anstalt aus, führte darauf den zum Dirigenten ernannten seitherigen Seminarlehrer Marschall in sein neues Amt ein und schloß mit dem Wunsche, daß die Anstalt sich gedecklich entwickeln möge. Nach Aufnahme und Verpflichtung der ersten Zöglinge führte dann der Vorsteher Marschall in seiner Antrittsrede aus, wie er die Abicht der Behörde bei Gründung der Anstalt und die ihm geteilte Aufgabe aussäße und worauf er bei Lösung seiner Aufgabe hoffe. Zum Schluss sprach der Pastor Schenk das Einweihungsgebet und den Segen. Die neue Anstalt ist auf zwei Klassen mit je 25 Schülern berechnet, die sämtlich in Familien der Stadt Aufnahme fanden.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

December 4. 5.	Nachm. 2 u.	Abends. 10 u.	Morg. 6 u
Aufdruck bei 0°	337°,58	337°,99	337°,45
Luftrücke	+ 4°,3	+ 3°,3	+ 3°,0
Dunstdruck	2°,47	2°,46	2°,23
Dunstättigung	84 pcf.	92 pcf.	85 pcf.
Wind	W. 2	W. 1	W. 1
Wetter	trübe.	trübe.	wolfig.

Breslau, 5. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 80 Em. U.-P. — M. 24 Em.

Berlin, 4. December. Es kann nicht einmal der erst nach Schluss der Börse bekannt gewordene Discounto-Heraufsetzung der Bank von England auf 5 Prozent zugeschrieben werden, wenn die heutige Börse, wie es der Fall in ziemlich ungeübtem Haufe, besonders einzelne Speculationspapiere haussierte. Hier ließe sich eine Erklärung in dem Umstände finden, daß die ersten Finanztrakte Europa's, welche ein Interesse an verschiedenen noch zu placirenden Anleihen haben, den Boden für eine günstige Aufnahme derselben durch überhaupt gehobene Curie empfänglich zu machen suchen. Endlich aber sind es besonders Frankfurter Kreise, welche die rapide Steigerung der österreichischen Creditactien, denen dann auch Franzosen und Lombarden selbstverständlich folgten, fördern. Außer dem Österreich. Speculationspapier, von welchen Creditactien in kolossalen Beträgen umgingen, verhielt sich übrigens der Verkehr fast leblos, und fanden außer diesen Werthen noch Eisenbahnen größeres Interesse. Österreich. Credit begann etwa 2 Thlr. über geitriger Schluknotz zu 135 1/4 - 136 und stieg bis 138 und hielt bis zum Schluss mit unwesentlichen Unterbrechungen den höchsten Stand. Franzosen erreichten in der Notiz bis 200 und selbst noch 1/2 Thlr. darüber ebenfalls ein Mehr von gut 3 Thlr., während Lombarden sich mit 1-2 Thlr. Erhöhung begnügten. Conform mit der erwähnten Tendenz waren auch Österreich. Nebenbahnen sehr fest und zogen dieselben im Course meist an; ohne daß das Geschäft größeren Umfang annahm, zeigten sich auch Galizier und Österreich. Nordwestbahn fest. In auswärtigen Fonds blieb der Verkehr sehr schwach, trug aber meist eine sehr feste Phystognomie. Österreich. Renten hoben sich, desgleichen französische Renten und Italiener. Türkis gingen lebhafter um und gewannen, trotzdem sie die höchsten Notirungen nicht behaupten konnten, gegen die gestrigen Schluknotz Advance. Amerikaner bei mäßigem Umfang sehr fest. Russische Wertpapiere still, nur Bodencredit belebt. Bahnen fest. Preußische und Deutsche Bonds wenig verändert und in ruhigem Verkehr. Mit Ausnahme des Österreich. Prioritäten herrschte auf dem Prioritäten-Markte eine rechte feste Stimmung; von Preußischen waren 4 proc. Köln-Mindener, Stettiner und Potsdamer, ferner 3 1/2 % Bergisch-Württemberg begehrt, Russ. Prioritäten belebter und steigend, Österreich. eben matt, Sachsen offerirt, nur 3 und 5 % Lombardische beliebt. Für Eisenbahnen hatte eine recht feste Tendenz Platz gequissen, im Allgemeinen hielten sich zwar die Umsätze in engeren Grenzen, doch fanden Köln-Mindener, Rheinische, Bergische, Potsdamer, Stettiner und Halberstädter den schwierigen Detzen ziemlich rege Beachtung. Von leichten Actien zeichneten sich Schweizer Westbahnen durch lebhafte Umsätze aus, sonst lassend sich noch Tamines Landen, Lütticher und Maastrichter herheben. Am Prämien stilles Geschäft bei festler Tendenz. Ziemielt umfangslöslich blieb bei steigender Richtung der Handel in Disconto, per ultimo zu 173 1/2 - 75 bis 174 1/2; nach der Börse wurde wieder 175 dafür erzielt; Handelsgeellschaftig an, desgleichen waren die Breslauer Devisen besser. Deutsche National-, Stettiner Vereinsbank, Meiningen, Centralgenossen, Sächsischer Bankverein stellten sich theils höher, theils fanden sie Frage, Schaffhausen-Bank vereitert. Von Brauereien sind Union, Nürnberg, Vulkan, Oberschles. und Elb. Eisenbahnen, Münnich und Hartmann, Oranienb. eben beachtet, Wilhelmsb. ohne Abgeber, Bergw. blieben eigentlich sehr still; Hochdahl belebt, consol. Marie steigend, Kölner Bergwerk weitend, Dortmunder Kasse 82 1/2%, per ult. 81 1/4 - 82 1/2, Laura (159 1/2), per ult. 160 - 59 1/4 - 60 1/4 - 159 1/2. Wechsel bei mäßigem Geschäft im Allgemeinen fest. Paris niedriger. (Bank u. h.-3.)

Berlin, 4. December. [Productenbericht.] Roggen wurde zu anziehenden Preisen gebandelt, besonders sind nahe Sichten merlich fortgeschritten. Weizen fand vermehrte Beachtung. Roggenmehl höher bei zu rückhaltendem Angebot. Weizen fest und Preis auf Steigerung neigend. Hafer loco flau. Dernmine eher fest. Rübel auf nahe Sichten verhältnismäßig. entfernte eher etwas höher. Spiritus war sehr fest und ist zu anziehenden Preisen ziemlich rege umgefest.

Weizen loco 73-74 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber märkischer - Thlr. ab Bahn bez., seines weißbunten poln. 80-86

Thlr. bez., gelber 85-88 Thlr. ab Bahn bez., pr. December 87 1/2-88 1/2 Thlr. bez., pr. Januar-Februar - Thlr. bez., pr. April-Mai 86 1/2-87 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 86 1/2-87 Thlr. bez., neue Ullance per April-Mai 85 1/2 Thlr. bez., Juni-Juli - Thlr. bez. Getindigt 17,000 Thlr. Kündigungspreis 87 1/2 Thlr. - Roggen pro 1000 Kilogr. loco 61-71 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 60 1/2-61 1/2 Thlr. ab Bahn bez., seines russischen 63 1/2 Thlr. ab Kahn bez., inländischer 68-69 Thlr. ab Bahn und frei Haus bez., pr. December 63 1/2-63 1/2 Thlr. bez., pr. January-June 63 1/2-63 1/2 Thlr. bez., pr. January-February 63 1/2-63 1/2 Thlr. bez., pr. December-January 63 1/2-64 1/2 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 63 1/2-63 1/2 Thlr. bez., pr. January-July 63 1/2-63 1/2 Thlr. bez., pr. Getindigt 3000 Thlr. Kündigungspreis 63 1/2 Thlr. - Gerste loco 58-73 Thlr. nach Qualität gefordert. - Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 48-58 Thlr. nach Qualität gefordert, österr. 54-56 Thlr. bez., böhmischer 54-56 Thlr., ostpreußischer 50-54 1/2 Thlr., westpreußischer 50-54 1/2 Thlr., galizischer 48-51 1/2 Thlr., pommerischer 54-57 Thlr., ufermärker - Thlr., geringer österr. 47 1/2-48 1/2 Thlr. ab Bahn bez., per November-December 53 1/2 Thlr. bez., pr. January-February - Thlr. bez., pr. January-March 53 1/2 Thlr. bez., pr. April-June 54-54 1/2 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 63 1/2-63 1/2 Thlr. bez., pr. January-July 63 1/2-63 1/2 Thlr. bez., pr. Getindigt 3000 Thlr. Kündigungspreis 53 1/2 Thlr.

Buenos-Aires, 30. October. [Wollmarkt.] Riege. Vorrath 15,000 Arroben. Notirung von Suprawollen 90, do. von Bonne nogenen 75. Zufuhren der letzten 14 Tage 190,0

Berliner Börse vom 4. December 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam	250 Fl.	10 T.	51/2	141 1/4	bz.B.
do.	do.	2 M.	5 1/2	140	bz.
Augsburg	100 Fl.	2 M.	5	56 18	G.
Frankf.a.M.	100 Fl.	2 M.	4 1/2	—	
Leipzig	100 Thlr.	8 T.	6	99 1/4	G.
London	1 Lst.	3 M.	5	6.21 1/4	bz.
Paris	300 Frs.	10 T.	5	80 1/4	bz.
Petersburg	100 SR.	3 M.	7	88 1/4	bz.
Warschau	80 SR.	8 T.	7 1/2	81	bz.
Wien	150 Fl.	8 T.	7 1/2	88 1/4	bz.
do.	do.	2 M.	5	87	bz.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	—			
Staats-Anl.	4 1/2	0 1/2	101 5/8	bz.	
do. consolida.	4 1/2	105 1/2	bz.		
do. 40jige	4	98 1/2	bz.		
Staats-Schuldscheine	3 1/2	91 1/2	bz.		
Präm.-Anleihe	1855	119 1/4	G.		
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	101 1/2	bz.		
Berliner	4 1/2	100 3/4	bz.		
Pommersche	3 1/2	80 1/2	bz.		
Posenische	4	90	bz.		
Schlesische	3 1/2	81 3/4	G.		
Kur.-u. Neumärk.	4	93 1/2	bz.		
Pommersche	4	93 1/2	bz.		
Posenische	4	94 1/2	G.		
Preussische	4	95 1/2	bz.		
Westfäl. u. Rhein.	4	96 1/2	bz.		
Sächsische	4	97 1/2	bz.		
Schlesische	4	95 1/2	bz.		
Badische Präm.-Anl.	4	101 1/2	bz.		
Baierische 40% Anleihe	4	112 1/2	bz. G.		
Cöln-Mind.Prämiensch.	3 1/2	92 1/2	bz. G.		

Kurb. 40 Thlr.-Loose 7 B.
Badische 35 Fl.-Loose 38 1/4 bz. G.
Braunschw. Präm.-Anl. 22 bz.
Oldenburger Loose 37 1/2 bz.

Louisdor — Dollars 1.11 1/4 bz.
Sovereigns 62 3 G. Frmd. Bkn. 99 1/2 G.
Napoleons 5 10 1/2 bz Oest. Bkn. 88 1/2 G.
Imperials 5 15 1/2 G. Russ. t.krn. 81 1/2 G.

Hypotheken-Certificate.

Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	5	5	5	104 1/4	bz. B.
Berlin, do., 1872	5	101 1/4	bz.		
do. rückz. à 110	5	104 1/2	bz.		
do. do. 4 1/2	97	bz.			
Unk.H.d.Bd.-Cr.-B.	5	98 1/2	bz. G.		
do. III. Em. do.	5	94 1/2	bz. G.		
Künd.Hyp.-Schulddo.	5	101 1/2	bz.		
Hyp.Anti-Nord.G.-C.B.	5	99	bz.		
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	104	B.		
Goth. Präm.-Pt. I. Em.	5	103	bz.		
do. do. II. Em.	5	103	bz.		
Meininger Präm.-Pfd.	4	89 1/2	bz.		
Oest. Silberpfandbr.	5	52 1/2	bz. B.		
do. Hyp. Crd. Pfndbr.	5	66	B.		
Unk.Pfd.d.Oest.Rd.-Cr.-Gs.	4 1/2	100	bz. G.		
Pfd.Bd.Oest.Crd.-Pfd.	5	84 1/2	B.		
Südd. Bod. Cred.-Pfd.	10 1/2	bz.			
Wiener Silberpfandbr.	5 1/2	58	G.		

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	41/5	65 5/8	bz. G.		
do. Papierrente	41/5	61 1/2 a 1/4 b 1/4 G.			
do. Lott.-Anl. v. 60	5	91 1/2	bz. G.		
do. 54er Präm.-Anl.	4	95 1/2	bz. G.		
do. Credit-Loose	—	108 1/2	bz. G.		
do. 64er Loose	—	81 1/2	bz. G.		
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	133 1/2	bz. et. btz.		
do. do. 1866	5	131	G.		
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	87 1/2	bz. G.		
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	78 1/2	i.		
Poin. Pfandbr. III. Em.	4	75 1/2	bz.		
Poin. Liquid.-Pfandbr.	4	64 1/2	bz.		
Amerik. 60% Anl. p. 1882	6	98	bz.		
do. do. p. 1885	6	100 1/4	bz.		
do. 50% Anleihe	5	98 1/2	bz.		
Französische Rente	5	92 1/2	G.		
Ital. neue 50% Anleihe	6	60	bz. G.		
Ital. Tabak-Oblig.	6	92	bz.		
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	5	78 1/2	bz.		
Rumänische Anleihe	8	100	bz. B.		
Türkische Anleihe	5	44 1/2	bz.		
Ung. 50% St.-Eisenb. Anl.	5	71 1/2	bz. G.		
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—				
Finnische 10 Thlr. Loose	9 1/2	G.			

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Seria. II.	47	101 1/2	bz.
do. III. v. St. 31/4 g	37	83 1/2	bz. B.
do. do. VI.	47	99 1/2	bz. B.
Nordbahn	5	102 1/2	bz. G.
Berlin-Görlitz	5	103 1/2	bz. G.
do. IV.	47	99 1/2	bz. G.
Breslau-Freib.	5	98 1/2	bz. G.
do. H.	47	98 3/4	bz. G.
Cöln-Minden	5	91	G.
do. do. IV.	47	100 1/2	bz.
do. V.	47	90 1/2	bz.
Halle-Sorau-Guben	5	100 1/2	bz. B.

Bank- und Industrie-Papiere.

Anglo-Deutsche Bk.	—	7 1/2	5	64 1/2	G.
Allg. Deut.Hand.G.	—	9 1/2	5	38 1/2	bz.
Berl. Bankverein	15	14	4	66	B.
Berl. Kassenver.	16	18	5	84 1/2	bz. G.
Berl. Handels-Ges.	12 1/2	29	10	283 3/4	bz. G.
Berl. Lomb.-Bank	13	11 1/2	5	126	bz. G.
Berl. Makler-Bank	25 1/2	11	4	100	G.
Berl. Wechslerb.	12 1/2	8	5	48 1/2	bz. G.
Bresl. Disc.-Bank	13	10	4	145 1/2	bz. G.
Bresl. Handels-G.	4 1/2	9	5	74 1/2	bz. B.
Bresl. Maklerbank	—	30	5	76	G.
Bresl. Mkl.-Ver.-B.	—	7	5	90	G.
B. Pr.-Wechsle-B.	—	12	4	—	
Bresl. Wechslerb.	12	12	4	61 1/2	B.
Centralb. G. Genos.	14	12	4	66 1/2	bz. G.
Coburg. Cred.-Bk.	10 1/2	7 1/2	4	74 1/2	bz. G.
Danziger Priv.-Bk.	7	7	4	113	G.
Darmst. Credit-Bk.	15	15	4	155 3/4	bz. G.
Darmst. Zettelsb.	8	7	4	104 1/2	bz. G.
Deutsche Bank	8	8	4	84	B.
Deutsche Unionsb.	11 1/2	9 1/2	4	75 1/2	bz. G.
Disc.-Com.-A.	24	27	4	173 1/2	4 1/2
Genossenscb.	10 1/2	10 1/2	4	102	G.
do. junge	—			100	G.
Gwb. Schuster u. C.	10 1/2	10	4	66	bz. G.
Görlitzer Ver.-B.	—			97 1/2	G.
Goth.-Grundreider.B.	9	9 1/2	4	145 1/2	G.
Hamb.-Nord.Dnk.	12 1/2	13 1/2	4	123	bz. G.
do. Vereins-B.	11 1/2	13 1/2	4	81 1/2	B.
Hannov. do.	5 1/2	6 1/2	4	102 1/2	bz. G.
do. Disc.-Bk.	12	12	4	109	bz.
Moldauer Lds. B.	6	4	37		